

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

UNBEQUEME WAHRHEITEN

Warum der Fachkräftemangel in Deutschland ein hausgemachtes Problem mit langer Geschichte ist

[Matthias Müller]

Als Herausgeber eines der reichweitenstärksten Qualitätsmagazine Ostbayerns stehen wir Jahr für Jahr mit weit über 1000 regionalen Unternehmen in regelmäßigem Kontakt und führen darüber hinaus rund 250 sehr intensive Interviews pro Jahr. Diese Sonderstellung verschafft uns, so würde ich frech und frei behaupten wollen, einen recht anständigen Überblick über die allgemeine Lage des Mittelstandes in der Region. Und da unsere Region sich in ihrer Struktur, ihren volkswirtschaftlichen Kennzahlen und ihrer Demografie nicht grundlegend vom Rest der Republik unterscheidet, könnte man wohl

sagen, dass der Rest Deutschlands im Großen und Ganzen mit den gleichen Herausforderungen zu kämpfen hat, wie wir.

Schon seit gut drei Dekaden hört man im Mittelstand immer wieder die eine oder andere Klage darüber, dass es an Nachwuchs mangeln würde. In den 90ern betraf die allmählich aufscheinende Nachwuchskrise zunächst einige wenige, ganz bestimmte Handwerksberufe. Berufe, die sich traditionell durch „schwierige“ Arbeitszeiten auszeichneten, wie Bäcker oder Köche, oder bestimmte Handwerksberufe, in denen man sich unvermeid-

lich „dreckig“ machte, waren zu Beginn am stärksten betroffen. Was sich zunächst wie harmloses Klopfen im Wirtschaftsmotor Deutschlands ausmachte, entwickelte sich jedoch rasch zu einem Ausfall ganzer Zylinderreihen. Nach und nach metastasierende der Nachwuchsmangel durch sämtliche Handwerksberufe. Es wurde für Firmen zusehends schwieriger, Lehrstellen adäquat zu besetzen. Selbst der Eigenbedarf an Mitarbeitern konnte kaum noch ausgebildet werden.

DER ANFANG: HANDWERK IN DER KRISE

In der Breite der Bevölkerung

erschien dies jedoch noch nicht als wirkliches Problem und auch in Politik und Medien herrschte noch eitel Sonnenschein. Eltern, die ihre Kinder auf dem beruflichen Lebensweg schickten, rieten explizit von Berufen ab, in denen man noch mit eigenen Händen echte Werte schaffen durfte. „Lern was G’scheits!“ lautete der wohlmeinende Rat besorgter Mütter und Väter. „G’scheit“ war nach allgemeinem Dafürhalten mindestens ein kaufmännischer Beruf, besser noch eine akademische Laufbahn. Und die rasch wachsenden Branchen wie IT, Medien und Finanzen, nebst der damit einher gehenden, ausufernden

Verwaltung und entfesselten Bürokratie, saugten das Jahr für Jahr von Schulen und Universitäten ausgespuckte Humanmaterial bereitwillig auf. Jedenfalls zunächst.

Es war natürlich ein unnötiger gesamtgesellschaftlicher Fehler, die Handwerksberufe nicht schon in den 80er und 90er Jahren mit einem besseren Image zu versehen. Das deutsche, insbesondere das bayerische Handwerk befindet sich global auf einem einzigartigen Niveau. Es gibt kaum eine prestigeträchtige Baustelle in Europa, Asien oder Amerika, bei der man, wenn es wirklich, wirklich darauf ankommt absolut erstklassige Arbeit abzuliefern, nicht auf die in Präzision, Qualität und Fachkunde unerreichte Handwerkskunst bayerischer sowie österreichischer Fachbetriebe vertrauen würde. Diesen weltweiten Wettbewerbsvorsprung aufgrund politischer Nachlässigkeit leichtfertig aufs Spiel zu setzen, wird sich noch als folgenschwer erweisen. Aber dies nur am Rande.

Tatsächlich war die Nachwuchskrise im Handwerk nur die Ouvertüre zu einem gesamtwirtschaftlichen Trauerspiel, das sich vor allem in den letzten fünf Jahren dramatisch zugespitzt hat. Zunächst betraf es hauptsächlich den Nachwuchs an Auszubildenden in ausgewählten, traditionell eher „unkomfortabel“ strukturierten Handwerksberufen. Nach und nach griff der Nachwuchsmangel auf alle Handwerksberufe über, bis schließlich selbst Branchen von der Personalkrise getroffen wurden, die in Sachen „Recruiting“ einst aus dem Vollen schöpfen konnten. Mittlerweile geht es nicht nur um einen Mangel an Auszubildenden, sondern um Personalmangel in praktisch jeder Branche und auf allen Ebenen. Egal ob im handwerk-

lichen, im gastronomischen, oder im sozialen Bereich, ob in der Produktion oder der Verwaltung – überall fehlt Personal. Selbst Industriebetriebe, in die man „ohne Vitamin B“ früher kaum daran zu denken wagte, „rein“ zu kommen, können ihre Stellen kaum noch mit Mitarbeitern besetzen, die tatsächlich über die geforderten Qualifikationen verfügen.

Mittlerweile gibt es praktisch keine Branche mehr, in der noch genug Personal vorhanden wäre. Selbst Firmen, die über einen makellosen Ruf als Top-Arbeitgeber verfügen, können offene Stellen nur noch unter Aufbietung größter Anstrengungen und unter Einsatz erheblicher Geldmittel für Stellenanzeigen besetzen. Selbst für mittlere Verwaltungsjobs werden bereits „Headhunter“ eingesetzt.

Es scheint, als ob „die Leute“ – wer auch immer diese sind – „nicht mehr arbeiten“ wollten. Schuld daran ist eine Kombination von gleich mehreren Faktoren, die sich in den letzten Jahren zu einem „perfekten Sturm“ zusammen gebräut haben.

Als Mensch, der bereits die 40, 50 oder sogar 60 überschritten hat, mag man versucht sein, dieses Problem mit banalem Jugend-Bashing abzutun. „Die heutige Jugend ist faul!“, „Alle wollen nur noch YouTube- und TikTok-Millionäre werden!“, oder dergleichen. Es mag durchaus sein, dass die einschlägigen Social-Media Plattformen ihren beklagenswerten Beitrag zu diesem Problem geleistet haben. Wir kommen noch darauf zu sprechen. Dennoch greift diese Analyse deutlich zu kurz. Und sie ist viel zu bequem. Wer das ganze Ausmaß des Problems wirklich verstehen möchte, der muss auch die Bereitschaft zeigen, die Ursachen in ihrer gan-

zen Komplexität und Tiefgründigkeit zu betrachten. Denn es sind nicht nur die jungen Handy-Junkies, die sich kaum noch für ein normales Berufsleben begeistern können. Die neue Unlust auf Beruf ist mittlerweile ein gesamtgesellschaftliches Phänomen – und beileibe nicht nur ein deutsches.

EURO- TEURO ZAHLENSCHUMMELEI VOM STATISTISCHEN BUNDESAMT

Tatsächlich wurde der Grundstein für die schleichende Entwertung der Erwerbstätigkeit – denn darum geht es im Kern – schon vor über 20 Jahren gelegt. Genauer gesagt, spätestens mit der Kanzlerschaft Gerhard Schröders ging es steil bergab, in zeitlicher Übereinstimmung mit der Euroeinführung 2002.

Beginnen wir mit dem Euro. Wer im Jahr 2002 bereits erwerbstätig war, der wird sich mit Sicherheit dran erinnern, wie mit der Euroeinführung praktisch alles, was man für sein tägliches Leben benötigte, plötzlich extrem teuer wurde. „Euro-Teuro“ lautete das hinlänglich bekannte Schlagwort. Jeder wusste es und spürte es am eigenen Leib, respektive im eigenen Geldbeutel bzw. auf dem Bankkonto. Lebensmittel, Energie, Versicherungen, Kleidung, Autos, Handwerksleistungen, alles wurde plötzlich sehr viel teurer. Alle nutzten die Verwirrung mit den neuen Umrechnungskursen, sowie die Euphorie, mit den schönen, kunterbunten neuen Papierscheinen um sich werfen zu können, um saftige Preisanpassungen nach oben umzusetzen.

Seltsamerweise schlug sich die gefühlte Verdoppelung der Verbraucherpreise nicht in den einschlägigen statistischen Kennzahlen nieder. Die Inflation, so versicherte uns das Statistische Bundesamt, blieb nahezu un-

verändert auf niedrigem Niveau. Die gefühlte Teuerung sei also nichts weiter als eine dumme Verschwörungstheorie, Einbildung, Humbug.

Weshalb es so gut gelang, die tatsächliche Teuerung zu vertuschen, lag jedoch tatsächlich an einer formidablen „Verschwörung“. Seit Jahren war es üblich, die Inflationsrate mittels eines fiktiven „Warenkorbes“ zu berechnen, in dem sich allerlei Produkte, Waren und Dienstleistungen befanden und deren Durchschnittspreis als repräsentativ für die offizielle Inflationsrate beschlossen und verkündet wurde. Unter Fachleuten stand diese Methodik schon seit jeher unter massiver Kritik, da der „Warenkorb“ nicht nur vollkommen willkürlich und abseits tatsächlicher Einkaufsgewohnheiten und -Mengen des Durchschnittsbürgers von den Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes zusammen gestellt wurde – nein, zusätzlich konnte dieser Warenkorb inhaltlich auch von Jahr zu Jahr, ganz nach politischem Ermessen, verändert werden. Produkte, die sich besonders verteuert hatten, nahm man regelmäßig aus dem Warenkorb heraus und rechnete uns so die Inflation schön. Diese Prozedur war, wie bereits ausgeführt, den politischen Notwendigkeiten angepasst und damit ohne jeglichen volkswirtschaftlichen Aussagewert. Die offizielle Inflationsrate ist eine politische Propagandazahl, mit der die jeweilige Bundesregierung darzustellen versucht, dass sie angeblich einen guten Job mache.

2002, mit der Euroumstellung spritzte man dieser Manipulationspraxis jedoch noch das Sahnehäubchen auf die Propagandatorte. In diesem Jahr übernahm das Statistische Bundesamt die bereits 1995 in den USA einge-

führte „hedonische Preisberechnungsmethode“. Bei der hedonischen Preisberechnung wird ein Gut rechnerisch in willkürliche „Qualitätseigenschaften“ zerlegt und dann mit Hilfe der so genannten Regressionsanalyse der Einfluss dieser Qualitätsmerkmale auf den Preis ermittelt. Dadurch können diejenigen Preisänderungen, die nur auf qualitativen Veränderungen bestimmter Eigenschaften beruhen, von den reinen Preisveränderungen rechnerisch getrennt und eliminiert werden, so heißt es bei Wikipedia. In der Praxis führte dies bei der Berechnung der offiziellen Inflationszahlen dazu, dass man den realen Teuerungen bestimmter Produkte auch eine „qualitative Verbesserung“ zuschrieb, die man dann „dagegen rechnet“ und so konnte man, vereinfacht gesagt, schließlich behaupten, dass ein Computer, der sich um 30 Prozent verteuert hatte, in Wirklichkeit um 70 Prozent billiger wurde, z.B. weil sich seine Prozessorleistung verdoppelt hatte. Dies eröffnete die Möglichkeit, die Inflationsrate praktisch nach Belieben auf die gewünschte Zahl hinzubiegen, ganz egal wie die Verbraucherpreise im realen Leben explodierten. Seit 2002 wird diese Methode ununterbrochen angewandt, zunächst unter Gerhard Schröder, dann unter Angela Merkel und heute unter Scholz – obwohl der sich wahrscheinlich nicht daran erinnern kann, je davon gehört zu haben.

Tatsache ist nun, dass die offizielle Inflationsrate schon immer, seit 2002 jedoch massiv verfälscht wird. Dies hat selbstverständlich Konsequenzen, aber leider erst zeitversetzt.

Um dem Wähler vorzugaukeln, man betreibe eine gute und nachhaltige Wirtschaftspolitik, kann eine Regierung – ohne unmittel-

bar aufzufliegen – die offizielle Inflation mit 1,8% angeben, auch wenn sie in Wahrheit bei 5,5% oder höher liegt. Gefühlte Diskrepanzen zwischen der offiziellen Zahl und dem eigenen Haushaltsbudget können da sehr leicht auf suboptimale Einkaufsgewohnheiten oder anderes, individuelles Konsumverhalten geschoben werden. Im Bereich von wenigen Prozentpunkten fällt das nicht weiter auf und wird in der Masse lange Zeit unbemerkt bleiben. Sehr lange Zeit.

REALLOHNVERLUSTE ÜBER ZWEI JAHRZEHNTE

Zum Problem wird eine dauerhaft manipulierte Inflationsrate jedoch bei der langfristigen Lohnentwicklung. Lohnabschlüsse der Gewerkschaften entfalten eine Steuerwirkung bei sämtlichen Löhnen einer Volkswirtschaft. Liegen diese Lohnabschlüsse in der Nähe der offiziellen Inflationsrate und damit weit unterhalb der tatsächlichen Teuerung, so erleiden die Beschäftigten Reallohnverluste. Aufgrund der Steuerwirkung der Tarifabschlüsse erfasst dieses Problem früher oder später sämtliche Löhne und Gehälter aller Branchen, so dass das gesamte Lohnniveau einer Volkswirtschaft nicht mehr mit der realen Teuerung mithält. Kurzfristig kann ein derartiges Missverhältnis über Veränderungen im Konsumverhalten kompensiert werden, langfristig türmt sich diese Diskrepanz jedoch aufgrund von Zinseszins-effekten immer weiter auf.

Heute, mehr als 20 Jahre nach Beginn der enthemmten Manipulation volkswirtschaftlicher Kennzahlen, kann das Problem nicht länger geleugnet werden. War es noch für die Generation unserer Eltern und Großeltern völlig normal, dass der Mann in der Familie als Alleinverdiener einen normalen Beruf als Angestellter

ausübte, die Familie zwei Kinder groß zog, in einem Eigenheim lebte, ein bezahltes Auto fuhr und einmal im Jahr in den Familienurlaub verreiste, so stellt sich die wirtschaftliche Situation heute vollkommen anders dar. Einen vierköpfigen Haushalt kann mal als Einzelverdiener in einem normalen Beruf grundsätzlich nicht mehr angemessen unterhalten, das ist völlig ausgeschlossen. Private PKW werden längst nicht mehr bar gekauft, sondern geleast oder finanziert – und der Erwerb eines Eigenheims ist für die meisten Arbeitnehmer heute eine geradezu absurde, unrealistische Phantasie. Selbst eine Festanstellung, die heute als „gut bezahlt“ gilt, reicht nicht mehr länger aus, einem jungen Menschen die Realisierung eines Lebens zu ermöglichen, das er von seinen Eltern oder gar Großeltern kennt. „Normale“ wirtschaftliche Ziele, die er von seinem Elternhaus als erstrebenswert vermittelt bekam, sind für den überwiegenden Großteil der Menschen unerreichbar. Die Arbeitswelt insgesamt ist zunehmend nicht mehr in der Lage, jungen Menschen allein in finanzieller Hinsicht auch nur annähernd attraktive Angebote zu unterbreiten. Indes sind die mittelständischen Arbeitgeber u.a. durch die Globalisierung unter Druck geraten. Ein sozialverträgliches Lohnniveau würde ihre Produkte so verteuern, dass sie nicht mehr konkurrenzfähig wären. Durch die überbordenden Steuern und Sozialabgaben sind die Löhne in Deutschland für Arbeitgeber brutto zu teuer, netto kommt für den Arbeitnehmer aber zu wenig heraus. Eine Zwickmühle ist entstanden, aber nicht über Nacht. Sie ist das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlsteuerung, wie wir im Folgenden sehen werden.

DIE ABRISSBIRNE FÜR

ARBEITSMARKT UND SOZIALSTAAT - GERHARD SCHRÖDER

Vor über zwanzig Jahren – am 14. März 2003 – verkündete der damalige Bundeskanzler der rot-grünen Regierungskoalition, Gerhard Schröder, seine Agenda 2010. Damit leitete er den bis heute höchst umstrittenen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik zu mehr Druck auf Arbeitslose und Arbeitnehmer und der Schaffung eines sich bis heute rasant ausbreitenden Niedriglohnssektors ein.

Die Agenda 2010 sollte ein Befreiungsschlag aus der hohen und steigenden Langzeitarbeitslosigkeit sein, die Schröder beinahe die Bundestagswahl im September 2002 gekostet hätte. Sein vollmundiges Versprechen, er wolle seine Kanzlerschaft daran messen lassen, dass er die Arbeitslosigkeit erkennbar zurückführt, hatte Schröder bei weitem verfehlt. Im Gegenteil, bei stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung über mehrere Jahre, die auch einer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik geschuldet war, ist die Arbeitslosigkeit nach einer kurzen Erholungsphase zu Beginn seiner Amtszeit als Bundeskanzler wieder drastisch gestiegen.

Sein naives und vor volkswirtschaftlichen Bildungslücken strotzendes Rezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war sodann ein beispielloser Rückbau des bis dahin weltweit führenden Sozialstaates: Deregulierung und damit erhebliche Ausweitung von befristeter Beschäftigung, Leiharbeit, sowie geringfügiger Beschäftigung waren der Anfang. Die massive Verkürzung der Dauer des Bezuges von Arbeitslosengeld I in Kombination mit Hartz IV – der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

auf dem erheblich niedrigeren Niveau der Sozialhilfe zusammen mit einer massiven Verschärfung des Drucks auf Arbeitslose, Arbeit zu Niedrigstlöhnen und entwürdigenden Arbeitsbedingungen anzunehmen – stellten den Höhepunkt dieses Paradigmenwechsels in der Arbeitsmarktpolitik dar.

Wer in der SPD nicht parierte, wurde mit Missachtung bis offener Diskreditierung innerhalb und außerhalb der Partei geächtet. Kritik wurde verbal und medial platt gemacht. Die Folgewirkungen dieser Schröder'schen „Basta Politik“ sind bekannt: Zunächst erfolgte ein weiterer dramatischer Anstieg von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit, sowie die Explosion der Niedriglohnsektoren, der prekären Beschäftigung und von Armut trotz Arbeit, sowie Kinderarmut. Die rot-grüne Bundesregierung Schröder wurde 2005 durch eine Große Koalition unter der Führung der CDU/CSU mit Bundeskanzlerin Angela Merkel abgelöst. Merkel trieb den Rückbau des Sozialstaates auch unter der faktischen Aushöhlung des Kündigungsschutzes weiter voran und betrieb eine offensive Klientelpolitik zugunsten internationaler Konzerne und Kapitalinvestoren und zulasten der arbeitenden Bevölkerung. Die dadurch weiter steigende Zahl v. A. der Langzeitarbeitslosen wurde durch weitreichende Manipulationen der offiziellen Arbeitslosenstatistik vertuscht. So begann man unter Merkel damit, 1-Euro-Jobber, Minijobber, Umschüler, Fortbildungsteilnehmer, Arbeitslose mit Krankmeldung und andere Fälle aus der Arbeitslosenstatistik heraus zu rechnen. Da auch Arbeitslose einen „Urlaubsanspruch“ haben, gelten sie für rund 30 Tage im Jahr offiziell als „nicht arbeitslos“. Insgesamt drückte man mit diesen Augen-

wischereien die offizielle Zahl der Arbeitslosen auf etwa die Hälfte der tatsächlichen Jobsuchenden. So gelang es Merkel über ihre gesamte Amtszeit hinweg, den größten Teil der deutschen Wähler über ihre „Erfolge“ zu täuschen.

MERKEL ALS VOLLSTRECKERIN DES SOZIALABBAUS

Die sozialen Verwerfungen, die Schröders Agenda und Merkels verschärfte Vollstreckung derselben in Deutschland auslösten, sind bis heute spürbar. In der Ära Merkel öffnete sich die Vermögens- und Einkommensschere auf dramatische Weise und es setzte ein bis dato in der Bundesrepublik Deutschland beispielloser Wohlstandsverlust sowie eine dramatische Verwahrlosung öffentlicher Infrastruktur ein. Alters- und Kinderarmut stiegen in bis dato unbekannte Höhen. Die einst weltweit vorbildlichen Systeme Bildung und Gesundheit wurden zu Zwei-Klassen-Systemen umgeformt. Die ehemals starke Mittelschicht in der Gesellschaft wurde sukzessive zerrieben. Während heute das reichste 1 Prozent der deutschen Bevölkerung mehr als 35% des Gesamtvermögens besitzen, hat die untere Hälfte der Deutschen gar kein Vermögen mehr. Die untere Hälfte der Deutschen ist aber nicht geschlossen arbeitslos. Man ist also mittellos, obwohl man arbeitet. Mehr als die Hälfte aller in Deutschland lebenden und aufwachsenden Menschen wird von der hautnah erlebten Lebenserfahrung geprägt, dass man es trotz Arbeit zu nichts bringen kann. Das sind nackte statistische Tatsachen. Wer glaubt, dass diese Fakten sich nicht langfristig auf die Arbeitslust der Deutschen auswirken würden, hat ein Realitätsverweigerungsproblem mit pathologischer Komponente.

KLIENTELPOLITIK FÜR HEUSCHRECKEN

Gleichzeitig mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der sozialen Sicherungssysteme für die Masse der Bevölkerung haben sich die Bedingungen für Superreiche und transnationale Großkonzerne erheblich verbessert. Es ist in Deutschland sehr viel leichter geworden, Steuern zu vermeiden und Subventionen abzugreifen. Radwege in Peru oder Hühnerställe in Zentralchina – für alles ist genug Geld da, nur für die eigenen Bürger nicht. Personal in die Wüste zu schicken war noch nie so leicht wie im besten Deutschland aller Zeiten. In den letzten 20 Jahren haben praktisch sämtliche DAX-Unternehmen ihre Belegschaften im Inland massiv abgebaut. Das Gegenteil der erhofften Arbeitsmarkteffekte trat also ein. Für Fachleute keine Überraschung, für ungebildete Politiker und ihre üppig bezahlten TV-„Experten“ angeblich ein Mysterium. Gleichzeitig konnten die meisten Konzerne ihre Gewinne exorbitant steigern. Was für die Kapitalinvestoren (mehr als 60 Prozent aller Aktien der DAX-Konzerne sind in der Hand ausländischer, institutioneller Investorengruppen) hoch erfreulich ist, beschädigt allerdings sowohl die Einnahmesituation des Staates Deutschland, als auch – und vor allem – die Arbeitsmoral der hierzulande Beschäftigten. In den letzten 20 Jahren musste der deutsche Arbeitnehmer die leidvolle Erfahrung machen, dass seine Erfahrung, sein Engagement und sein Fachwissen in keiner Konzernbilanz als Aktiva aufgetaucht sind. Stattdessen wurde gefeuert und entlassen, was das Zeug hielt. Ein motiviertes Klima auf dem Arbeitsmarkt erschafft man unter derartigen Bedingungen eher nicht.

Die spezielle Situation in der deutschen Arbeitsmarktpolitik seit 2002 hat sich zusammen mit dem unsäglichen Globalisierungswahn zu einem hoch toxischen Gebräu vermengt, in dem der deutsche Arbeitnehmer nicht nur seine Arbeitskraft im Preiskampf mit pakistanischen, chinesischen oder indischen Kollegen feilbieten soll – es wird ihm darüber hinaus auch nachdrücklich vor Augen geführt, dass selbst ein sicher geglaubter Arbeitsplatz nur ein leeres Versprechen ist, das jederzeit und ohne Vorwarnung gebrochen werden kann – und bei der geringsten Aussicht auf einen kleinen Kursgewinn an der Börse auch definitiv gebrochen werden wird.

Wir haben durch die jahrzehntelange, verantwortungslose Schummelei bei den volkswirtschaftlichen Kennzahlen seit 2002 einen heute kaum noch zu schließenden, klaffenden Abgrund zwischen dramatisch gesunkenen Realeinkommen und ausufernden Lebenshaltungskosten entstehen lassen. Gleichzeitig hat das Beschäftigungsverhältnis an und für sich durch die katastrophal inkompetente und verantwortungslose Arbeitsmarktpolitik unter Schröder und Merkel eine beispiellose Entwertung erlitten. Berufe, mit denen man sich einst ein Arbeitsleben lang identifizierte, wurden zu flüchtigen „Jobs“. Die Arbeitnehmer lernten bei den „Aushängeschildern der deutschen Wirtschaft“, den Konzernen, auf die harte Tour, dass persönliches Engagement und Identifikation mit „der Firma“ nur etwas für naive Trottel ist. Das neue Motto lautete: allerhöchstens nur noch Dienst nach Vorschrift, denn morgen kann's schon vorbei sein.

Diese beiden Faktoren alleine könnten schon ausreichen, den

allgemeinen Verlust von Arbeitsethos formatfüllend zu erklären – doch es kam noch schlimmer. In den letzten neun Jahren sollte die Jugend in Deutschland eine neue Lektion lernen: nämlich, dass Leistung und Engagement irgendwie aus der Zeit gefallen ist. In diesem Themenkomplex ist jedoch Vorsicht geboten. Zu schnell handelt man sich den Vorwurf des Rassismus ein, geht man zu leichtfertig damit um. Dennoch wäre jede journalistische Abhandlung über die Ursachen der heutigen Arbeitswelt unseriös, würde sie bestimmte Ursachen aus falsch Gründen verstandener political correctness ausklammern.

SABOTAGE DER MOTIVATION BEI SCHÜLERN UND JUGENDLICHEN

Menschen, die heute eigentlich schön langsam mal in das Berufsleben einsteigen sollten, sind in der Regel, je nach schulischer bzw. akademischer Laufbahn, zwischen 17 und 24 Jahre alt. Es sind die berühmten „Millennials“, die um die Jahrtausendwende Geborenen. Wenn wir ein klein wenig zurück rechnen, waren diese Millennials im Jahr 2015 zwischen 8 und 15 Jahre alt, also Schüler. Was begab sich damals, im Jahr 2015? In diesem denkwürdigen Jahr beschloss Bundeskanzlerin Angela Merkel – die nichts so sehr fürchtete wie die pressewirksame Macht sentimentaler Bilder von weinenden Kindern vor Stacheldrahtzäunen – die rechtswidrige Öffnung der Grenzen für Migranten, die vor allem aus dem globalen Süden nach Europa, bzw. Deutschland drängten. Mit dieser Grenzöffnung verstieß Angela Merkel gegen eine ganze Reihe von Gesetzen, die auf Bundes- und EU-Ebene für den Themenbereich Migration und Asyl erlassen wurden,

sowie gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Diese Gesetze wurden nicht etwa von „Rassisten“ oder „rechts-extremen“ Politikern erlassen und verabschiedet, sondern von den gewählten Parlamenten in Deutschland und in der EU, sowie von den Gründervätern der Verfassung selbst. Der Grund für diese Gesetze war die auf Erfahrung gestützte Erkenntnis, dass erfolgreiche Integration eine ernst zu nehmende politische und gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist, die zu bewältigen Fingerspitzengefühl, Augenmaß und vor allem ernsthafte politische Arbeit erfordern. Die erfolgreiche Integration von Menschen unterschiedlicher Kulturabstammung kann für eine Gesellschaft eine immense Bereicherung sein. Misslingt dieses Projekt jedoch, sind die Folgen katastrophal. Jeder intelligente Mensch weiß das.

Von 2015 bis Mitte 2024 sind etwa 14 Millionen Migranten nach Deutschland eingereist. Allein um nur einen Bruchteil dieser großen Zahl erfolgreich, respektvoll und menschenwürdig in die Gesellschaft zu integrieren, hätte es erheblicher Anstrengungen bedurft. Kluge und weitsichtige Projekte hätten aufgelegt werden müssen, um jenen, die integrationswillig und motiviert sind, die nötigen Perspektiven zu bieten und Chancen zu eröffnen. Stattdessen begegnete man den Herausforderungen vor allem mit einem dümmlich dahin gemurmelten „Wir schaffen das!“, ansonsten mit weitgehender politischer Apathie und operativem Dilettantismus – aber immerhin mit unzähligen Steuermilliarden. Anstatt jungen Migranten durch gezielte, bedarfsorientierte und pragmatisch organisierte Bildungsprogramme die Möglichkeit

zu geben, nach deutschen und europäischen Leistungsanforderungen tatsächlich möglichst schnell schul-, ausbildungs- und ggf. sogar hochschulfähig zu werden – und damit ein positives Gefühl sozialer Zugehörigkeit und ein gestärktes Bildungsbewusstsein zu entwickeln – stopfte man sie einfach in die nächstbesten Regelschulklassen. Um ihnen die demütigenden Erfahrungen des Scheiterns zu ersparen (was ein vielleicht nachvollziehbarer, jedoch nicht zu Ende gedachter Impuls ist), wurden diese Kinder und Jugendlichen trotz massiver Defizite regelmäßig in die nächsthöheren Klassen versetzt. Damit wurden gleich zwei Probleme auf einmal erschaffen: für die einen wurde der „Schulabschluss“ zu einem wertlosen Stück Papier, da er keinerlei Rückschlüsse auf das tatsächliche Bildungsniveau mehr zuließ – und zum anderen machten hunderttausende Schüler in Deutschland die Erfahrung, dass der einst in Deutschland hoch aufgehängte Leistungsgedanke obsolet geworden war. Offensichtlich konnte man hierzulande auch Geld, Freizeit und einen entspannten Schulalltag haben, ohne lernen und Leistung bringen zu müssen. Durch die verantwortungslosen Versäumnisse im politischen Umgang mit der Migrationskrise wurden Motivation und Wertesystem einer ganzen Generation von jungen Menschen politisch sabotiert. Natürlich traf dies nicht auf alle Schüler in Deutschland zu. Vor allem diejenigen, die das Glück hatten, Schulen in wohlhabenden Wohngebieten besuchen zu können, blieben nahezu unberührt. Überhaupt ist die gesamte Thematik ein Problem der selektiven Wahrnehmung. Wer noch nie den Alltag in den weniger privilegierten Stadtbezirken von z.B. Berlin, Hamburg, Bremen, Stuttgart oder

dem Ruhrgebiet gesehen hat, kann und sollte nicht mitreden.

Die bislang erörterten Probleme des deutschen Arbeitsmarktes entwickelten sich als Folge zahlreicher politischer Fehlsteuerungen, Manipulationen und Versäumnisse über Jahrzehnte zu einem gefährlich glimmenden Schmelzbrand. Den entscheidenden Luftstoß, der ihn zu einem wahren Großfeuer entfachte, lieferte 2020 aber das „Große C“ und seine abermals dilettantischen politischen Bewältigungsversuche. 2020 entschloss sich die Bundesregierung, damals noch unter Merkel, dem Wirtschafts- und Bildungssystem durch kopflose „Lockdowns“ quasi über Nacht den Stecker zu ziehen.

BRANDBESCHLEUNIGER C-POLITIK UND GLOBALISIERUNG

Schulschließungen, insbesondere bei den Abschlussklassen, haben nachweislich zu erheblichen psychischen Problemen bei den Schülern, ausgerechnet kurz vor dem Start in das Berufsleben geführt. Kinder- und Jugendpsychiater schlugen schon früh Alarm, wurden jedoch nicht gehört. Krisen verstärken grundsätzlich immer alle Dysfunktionalitäten des Systems, in dessen Rahmen sie um sich greifen. Auf die Schließung von Bildungs- und Erziehungseinrichtungen konnten Bezieher mittlerer und höherer Einkommen sowie Reiche und Superreiche geschmeidig reagieren, indem sie zum Beispiel ihren Kindern privat finanzierte Bildungs- und Erziehungszeiten ermöglichten oder persönlich in die Lehrerrolle schlüpfen.

Hier konnte die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung unter neuen Bedingungen anregend und teils innovativ ohne nachteiligen Einschnitt in neuen Struktu-

ren weitergehen. Demgegenüber haben sich vorübergehende Schul- und Kita-Schließungen für Kinder und Jugendliche, die in prekären Sozialisationsbedingungen aufwachsen – und das sind in Deutschland mittlerweile gut 25 Prozent – als doppelte Benachteiligung erwiesen: Materielle Not paart sich oft mit psychischen Folgeproblemen wie Depressionen aufgrund von Abstiegserfahrungen und sich weiter verschärfenden Abstiegsängsten mit allen ihren Auswirkungen. Das Hauptproblem dabei ist, dass sich diese Faktoren nahezu tödlich für Motivation und Zuversicht in die berufliche Zukunft auswirken – mit dem Ergebnis, dass sich die potenziellen neuen Arbeitnehmer gar nicht erst um eine Laufbahn „im System“ bemühen, sondern sich von Anfang an in den sozialen Sicherungssystemen einrichten.

Doch der Verlust motivierender Zukunftsperspektiven betrifft nicht nur Jugendliche aus prekären Verhältnissen. Auch Arbeitnehmer, die in Deutschland bislang in vermeintlich sicheren Beschäftigungsverhältnissen gelebt haben, wurden durch die Lockdowns und deren Folgen, wie beispielsweise massiv gestörte Lieferketten nachhaltig traumatisiert. Zum ersten Mal wurden die negativen Aspekte der Globalisierung nicht allmählich und in gut verdaulichen Häppchen serviert, sondern kamen quasi über Nacht. Man lernte „auf die harte Tour“, wie abhängig man von globalen Lieferketten und politischen Agenden ist und wie schnell ein vermeintlich solider Lebensentwurf in sich zusammenbrechen kann. Die Geschwindigkeit, in der Onlineanbieter und Plattformökonomie in etablierte Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen eindringen und

diese teilweise ersetzen konnten, hat einem Großteil der abhängig Beschäftigten auf schmerzliche Art und Weise gezeigt, wie entbehrlich sie als Einzelne für das System im großen Maßstab sind und wie sehr die Vorstellung von einem erfüllten Arbeitsleben mit einem gesicherten Ruhestand auf Sand gebaut ist.

Im Ergebnis ziehen sich diese Arbeitnehmer auf sich selbst zurück und entziehen dem Arbeitsmarkt ihre Bereitschaft, mehr zu leisten als unbedingt nötig. Dem entsprechend werden von den Arbeitgebern immer häufiger Teilzeitmodelle sowie Flexibilisierung aller Rahmenbedingungen wie Kernarbeitszeiten, Arbeitsort und extensiver Freizeitanspruch eingefordert. Wer sich als vom System Abgehängter fühlt, der versucht das System zu übervertreten: viel fordern, wenig einbringen – der Kapitalismus wird mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Und wenn selbst das nicht geht, spielt man einfach nicht mehr mit. Für die Produktivität ist dies Gift.

Wir haben versucht, in dieser Analyse einige der wichtigsten Meta-Faktoren und Ursachen zusammen zu tragen, die für den allgemeinen Verlust der Leistungsbereitschaft und Arbeitsmoral in der breiten Bevölkerung verantwortlich sind. Natürlich ist diese Liste nicht vollständig, und sie erklärt auch nicht jeden Einzelfall hinreichend. In der Kombination aller Faktoren liegt jedoch eine immense Wirkmacht, die man nicht unterschätzen sollte. Dass die jahrzehntelange Schummelei mit volkswirtschaftlichen Kennzahlen nicht folgenlos bleiben kann, ist heute nicht mehr von der Hand zu weisen. Dass die Aushöhlung des Sozialstaates und die Entwertung der Lohnarbeit durch die „Agenda

2010“ in Deutschland zu vermehrter Armut, Prekariat und sozialer Verwahrlosung geführt hat, ist statistisch mit beinhalten Zahlen unwiderlegbar bewiesen. Als wäre dies noch nicht dramatisch genug, haben Migrations- und Coronapolitik die Arbeitsmarktkrise noch weiter verstärkt. All das findet nun noch dazu vor dem Hintergrund eines technologischen Wandels statt, dessen Folgen völlig unabsehbar sind.

SOZIALE MEDIEN & DIE JUGEND

Die rasante Entwicklung der so genannten „Künstlichen Intelligenz“ (KI) ist im Begriff, in etablierte und einst für unersetzlich gehaltene Berufe einzudringen. KI nimmt heute bereits Funktionen in der medizinischen Diagnostik, im Rechtswesen und der IT ein. Alle datengetriebenen Arbeitsbereiche – im Groben also fast alle Bildschirmarbeitsplätze – werden sich in nächsten Jahren einem zunehmenden Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sehen, inwiefern sie überhaupt noch notwendig sind. Die damit einhergehende Verunsicherung junger Menschen bei der Berufswahl trägt nicht zur Verbesserung des Leistungsklimas bei. Gleichzeitig – und das ist das am häufigsten genannte, aber bei weitem nicht folgenschwerste Phänomen – treffen die genannten Faktoren auf eine Generation von Menschen, die durch die ständige Beschallung aus den sozialen Medien eine völlig unrealistische Anspruchshaltung an die Realität entwickelt hat. Erschwerend lässt die bunte Glitzerwelt, die durch Instagram und TikTok in die Kinderzimmer getragen wird, nicht nur jedes „normale Leben“ abtörnend uncool erscheinen, sondern auch die Gehirne der Jugendlichen schrumpfen, und das im wahrsten Sinne des Wortes. Gehirnstruktur und Aufmerksam-

keitsspanne der Menschen, die täglich Stunden über Stunden vor dem Handy verbringen, verändern sich nachweislich. Die neuen „digitalen Zombies“ sind zunehmend weder willens, noch physisch in der Lage, sich für ein normales Arbeitsleben zu begeistern. Selbst die wohlmeinende Integration der neuen Kommunikationstechnik in den Schulunterricht hat sich als Irrweg erwiesen. Untersuchungen belegen zweifelsfrei, dass Schüler die Unterrichtsinhalte, die über „moderne“ Bildschirmmedien vermittelt werden, in ihren Gehirnen schlechter abspeichern, erinnern und verknüpfen. Es funktioniert nicht. Schweden steigt, wie viele andere, aufgrund der vorliegenden, dramatischen wissenschaftlichen Beweise aus dem Modell der „digitalen Schule“ aus. Deutschland weiß jedoch wie immer alles besser und verstärkt sein Engagement auf diesem verhängnisvollen Weg.

Doch was ist die Lösung? Die Lösung wird von führenden Sozialwissenschaftlern, Psychologen und Philosophen seit Jahren gepredigt. Die Förderung und Stärkung der Kleingewerbe und der mittelständischen Wirtschaft, ein verstärktes Setzen auf Regionalität und Binnenwirtschaft als Gegenentwurf zum Wahnsinn der Globalisierung. Menschen, die ihre eigene produktive Wirksamkeit in einer intakten sozialen und wirtschaftlichen Struktur erleben, die sie in ihrer Ganzheitlichkeit erfassen und begreifen können, sind um ein Vielfaches motivierter, innovationsfreudiger und produktiver, als Menschen, die ihre Arbeitsleistung in keinen Wirkzusammenhang mit ihrer realen Welt bringen können. Das Ruder herum zu reißen, wird eine erhebliche gemeinschaftliche Kraftanstrengung erfordern.